

# Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 60.— Mk., wöchentlich 15.— Mk. In Pommerellen: monatlich 600.— Mk. polnische Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 10.— Mk., von auswärts 12,50 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 30.— Mk., von auswärts 35.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2202.

Nr. 207

Montag, den 4. September 1922

13. Jahrgang

## Danzigs Finanzlage vor dem Völkerbundsrat.

In der Sonnabend-Sitzung des Völkerbundsrats kam es zu einer ausführlichen Aussprache über die Finanzlage der Freien Stadt Danzig. General Sakling führte aus, daß die außerordentlich schwierige Finanzlage Danzigs nur bei schleuniger Durchführung folgender Maßnahmen behoben werden könne:

1. Amullierung der Gründungskosten des Reichstaates, die die ungeheure Summe von etwa 30 Milliarden Mark ausmachen.
2. Regelung der Verhältnisse in der Werk- und Eisenbahnverlöhntfrage durch die sogenannte Verteilungskommission, wobei Sakling anregte, die erstere Polen, die letztere Danzig anzusprechen.
3. Ermächtigung der Reichsbank, an Danzig Scharanweisungen zu eskontieren und zwar im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl.

General Sakling stellte fest, daß es für eine Stadt von dem geringen Umfang wie Danzig ausgeschlossen sei, die Befähigung zu tragen. Er beantragte beim Rat, der Rat solle mit den alliierten Mächten in Verbindung treten, um die Streichung des größten Teiles dieser Schulden zu erlangen. Er erklärte weiter, es sei wenig wünschenswert, daß die Mark als Währungseinheit in Danzig aufrecht erhalten werde, gab aber selbst zu, daß die Einführung einer anderen Währung so schwere Erschütterungen des wirtschaftlichen Lebens in Danzig mit sich bringen müßte, daß sie unmöglich in Erwägung gezogen werden könne.

Senator Vollmann schloß sich in diesem Punkt im ganzen den Ausführungen Saklings an und führte ferner aus, daß die Einführung einer eigenen Währung in Danzig eine Unmöglichkeit sei; eine internationale Handelsstadt, wie Danzig, könne nur mit einer Währung, die eine gewisse internationale Geltung habe, leben, nicht aber mit einer Art von Stadtgeld. In dessen bringe freilich der Sturz der Mark in den letzten Wochen die schwerste Gefahr für Danzig mit sich, daß sich mit keinerlei Notenpresse aus seiner ärgsten Verlegenheit helfen könne. Danzig könne nicht einmal unbedingte die Gewähr dafür übernehmen, daß am 1. Oktober alle Verbindlichkeiten voll gedeckt werden könnten, und es sei darum notwendig, daß sofort gehandelt werde.

Der Rat hat sich entschlossen, die Frage möglichst schon am Montag oder Dienstag unter Berücksichtigung der heutigen Ausführungen Saklings und Vollmanns zu erörtern und dann Mitte oder Ende der Woche seinen Beschluß zu fassen.

### Steuerpläne des Senats.

Auf dem gestrigen Parteitag der Deutschnationalen Danzigs machte der Senatspräsident Dr. Ziehm Ausführungen über die finanzielle Lage des Freistaats Danzig. Er legte dar, daß das Defizit im Staatshaushalt für 1922, das nach der letzten Finanzrede des Herrn Finanzsenators Dr. Vollmann im Volkstag am 1. Juni auf 100 Millionen Mark veranschlagt worden sei, ohne Berücksichtigung der Gründungskosten infolge der inzwischen weiter fortgeschrittenen rasiden und katastrophalen Entwertung der deutschen Mark heute auf 400 Millionen Mark zu schätzen sei. Das sei zurückzuführen auf die inzwischen auf das mehrfache gestiegenen Ausgaben für Gehälter und Löhne und für fast alle Ausgabenpostitionen des Staats infolge der gestiegenen Materialpreise. Dafür müsse Deckung geschaffen werden. In der Deckung sei auch eine Erhöhung der Einkommensteuer nötig und gerechtfertigt. Die Einkommensteuer, welche zurzeit in Danzig nach dem Ergebnis des Einkommens für das Vorjahr erhoben würde, sei nach dem gegenwärtigen Einkommen der Besisten verhältnismäßig gering. Der Staat beziehe seine Einnahmen nach dem Standes des Geldwertes vom Vorjahre, müsse aber seine Ausgaben nach dem gegenwärtigen Geldwerte bestreiten. Im Deutschen Reich sei man daher schon seit mehr als einem Jahre zu der

sogenannten Gegenwartsbesteuerung übergegangen. Auch in Danzig sei seit längerer Zeit dieser Besteuerungsmodus geplant. Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt dem Volkstag bereits vor. Der Steuerentschluß des Volkstages habe aber vor den Ferien davon Abstand genommen, den Gesetzesentwurf zu Ende zu beraten, weil er annahm, daß die Jahreszeit schon zu weit vorgeschritten sei, um noch für das laufende Jahr eine Milderung herbeizuführen.

Viel sich damals dieser Standpunkt noch rechtfertigen, so zwingen die seitdem eingetretenen völligen Veränderungen unabwendbar zu neuen Maßnahmen. Der Senat und die in ihm vertretenen politischen Mehrheitsparteien sind darüber einig, daß die Einkommensteuer für die Zeit vom 1. Oktober ab entsprechend dem gestiegenen Einkommen der Besisten mehr belastet werden müsse. Die Belastung werde wahrscheinlich hinter der Steuer, wie sie im Deutschen Reich erhoben würde, nicht unerheblich zurückbleiben. Auch sei vorgesehen, daß diejenigen, die gegenüber dem Vorjahre ein erhöhtes Einkommen nicht haben, von dem Zuschlag befreit bleiben. Es solle eine Zwischenregelung für die Zeit bis zum 1. Januar sein. Vom 1. Januar ab soll die Gegenwartsbesteuerung mit dem Lohnabzugsverfahren nach dem Muster der Einkommensteuer des Deutschen Reiches erfolgen. Entsprechende Gesetzesentwürfe würden dem Volkstag unverzüglich zugehen.

### Die Bekämpfung der Teuerung.

Nach einer Mitteilung der Geschäftsstelle des Deutschen Städtetags war der Ernährungsausschuß des Städtetags gestern nach Halle einberufen. Auch Vertreter verschiedener Reichs- und Staatsministerien waren zugegen. Es zeigte sich, daß die Stadtverwaltungen durchweg vom besten Willen befeelt sind, mit ihren Kräften und Mitteln gegenüber der Inflationsflut zu helfen, doch könnten sie in ihrer gegenwärtigen furchtbaren Finanznot zu diesem Zweck nicht das Beste unternehmen ohne Gewährung der nötigen Geldmittel von Reich und Staat. Die Kürzungen müßte sich vor allem auf die Armen, die Sozial- und Kleinrentner, Militärrentner, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erstrecken. Vieles wird diesen Personen wirkungsvoller durch Naturalien einschließlich Heizstoffe, als durch Barunterstützung geholfen werden können. Die Erhaltung der Mittelstandsfamilien wurde dringend befürwortet. Die gleichmäßige Verteilung der nächsten Zuckerrente unter die Bevölkerung wird in einer Form erstrebt, die die völlige Zwangsmäßigkeit vermeidet.

### Reichspräsident Ebert auf der Niederdeutschen Woche.

Zur Eröffnung der niederdeutschen Woche traf der Reichspräsident mit Staatsminister Dr. Böllig und Staatssekretär Schulz gestern in Bremen ein. Nach der Begrüßung nahm der Reichspräsident an der Gerhart Hauptmannfeier im Schauspielhaus teil.

Bei der Feter hielt Gerhart Hauptmann nach Begrüßungsansprachen eine Rede, in der er allen Europäern deutscher Zunge zurief: „bleibt einig im Glauben und in der Gewißheit, daß Deutschland den Hafen erreichen und wiederhergestellt werden wird.“ Inzwischen hatte sich vor dem Schauspielhaus eine große Menschenmenge angesammelt, an die der Reichspräsident einige Worte richtete. Nach der Gerhart Hauptmannfeier wohnte der Reichspräsident der Eröffnung der Niederdeutschen Woche bei, wobei er auf die Ansprachen des Vorstands der Wesergilde und des Bürgermeisters Spitta mit einer längeren Rede antwortete, in welcher er auf die niederdeutsche Kultur und Arbeitskraft und ihre große Bedeutung für Deutschland hinwies.

### Polnische Abrüstungs- und Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland.

Die polnische Regierung hat der Sowjetregierung eine Note überreicht, in welcher sie ihre grundsätzliche Einwilligung zum russischen Plan einer Abrüstungskonferenz unter Teilnahme Sowjetrußlands, Polens, der baltischen Staaten und Rumäniens mitteilt. Als Zeitpunkt für die Konferenz, deren Zusammtritt von der Moskauer Regierung für den 5. September geplant war, schlägt die polnische Regierung den Monat Oktober vor, weil bis dahin die Ergebnisse der Völkerbundtagung in der Abrüstungsfrage vorliegen würden.

Eine polnische Delegation unter Führung des Vizepräsidenten des Industrie- und Handelsministeriums, Strassburger, begibt sich demnächst nach Moskau, um die im Frühjahr in Warschau begonnenen und bald darauf infolge der mangelhaften Vollmachten der Warschauer Sowjetvertretung laßfächlich unterbrochenen polnisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen in Moskau wieder aufzunehmen.

### Die Abstimmung in Oberschlesien.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der Volksabstimmung über die Autonomiefrage stimmten von 765 822 Wahlberechtigten 518 769 für das Verbleiben der Provinz Oberschlesien bei Preußen und 247 053 für die Autonomie Oberschlesiens. Die Wahlbeteiligung betrug 79,8 Prozent.

Die Reichsregierung hatte vor der Volksabstimmung in Oberschlesien zugelegt, daß das Land evtl. einen eigenen Bundesstaat im Reich bilden soll, falls die Bewohner es wünscht. Nachdem aber durch den Entschluß des Völkerbundes Oberschlesien in zwei Teile geteilt wurde, wäre es ein Übel gewesen, den bei Deutschland verbleibenden Rest zu einem eigenen Bundesstaat zu machen. Die deutschen Parteien haben daher auch seit für ein Verbleiben Deutsch-Oberschlesiens bei Preußen gestimmt, während die 50 000 Autonomiefreunde Polen waren.

### Poincaré fordert allgemeine Schuldenregelung

Poincaré antwortete dem Abgeordneten Klotz auf sein Schreiben, daß die französische Regierung keinerlei Verminderung der Forderungen an Deutschland zustimmen könne und daß eine Herabsetzung der sofortigen Verpflichtungen Deutschlands nur im Rahmen einer allgemeinen Regelung anerkannt werden könne, indem alle alliierten Schulden geregelt würden.

### Die päpstliche Friedensvermittlung 1917.

Bestellung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. In den Juli-Sitzungen der Nationalversammlung im Jahre 1919 wurde die öffentliche Meinung durch die Behauptung Erzbergers, die kaiserliche Regierung habe ein englisches Friedensangebot sabotiert, auf das höchste erregt. Im Laufe der Besprechung stellte sich heraus, daß die Anlagen Erzbergers im Zusammenhange mit dem Vorfalle der päpstlichen Friedensvermittlung im Jahre 1917 standen. Der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Friedensmöglichkeiten zu prüfen hat, hat jetzt seine Untersuchungen über die päpstliche Friedensaktion beendet. Nach Prüfung des aus dem auswärtigen Amt und dem Reichsarchiv vorgelegten Aktenmaterials sowie auf Grund der eiblichen Vernehmungen der Staatssekretäre a. D. v. Kühnemann, Besseliger, Zimmermann, des Reichsanwalters a. D. Michaelis, der Reichsminister a. D. Rosen, Graf v. Brodorski-Monkau, der Gelehrten v. d. Vanden, Meißner und Freiherrn v. Romberg, der Generale v. Gaesten und v. Bartenwerffer, des Vizekonsuls v. Bergen und des Reichstagsabgeordneten Scheidemann ist der zweite Untersuchungsausschuß in der Untersuchung der päpstlichen Friedensvermittlung 1917 zu folgenden Ergebnissen gelangt:

1. Ein Friedensangebot Englands lag im Sommer 1917 nicht vor.
2. Ebenfalls lag im Anbetracht der vielfachen Schwierigkeiten und der immerhin fraglichen Verantwortlichkeit auf feindlicher Seite von einer starken Friedenswahrscheinlichkeit gesprochen werden.
3. Eine ernste, von Seiten der deutschen Regierung gewissenshaft zu prüfende Friedensmöglichkeit war bei Beginn der päpstlichen Friedensaktion vorhanden.
4. Die Ereignisse der Monate Juli und August in Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben die nicht sehr starke Friedensgeneigtheit der Westmächte nicht erhöht.
5. Die deutsche Regierung hat in der formellen Behandlung der päpstlichen Friedensaktion Fehler begangen.
6. Auf Grund der vorliegenden Aussagen und Dokumente kann es als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß England und Frankreich jedenfalls Ende August 1917 ein Eingehen auf die päpstliche Friedensvermittlung mit Rücksicht auf die gesamte Kriegslage als nicht in ihrem Interesse liegend betrachteten.
7. Die Frage, ob die päpstliche Friedensaktion allein durch die Verzögerung der von der Kurie gewünschten deutschen Erklärung über die Freigabe Belgiens vereitelt worden ist, kann auf Grund der vorliegenden Akten und Zeugenaussagen nicht bejaht werden. Diese sehr diplomatisch gehaltene Erklärung stellt nur das fest, was allgemein bekannt ist. Tatsache ist aber ferner, daß die Friedensschritte des Papstes durch die deutsche kaiserliche Regierung sabotiert wurden, indem sie sich weitgehend eine klare Erklärung über Belgien abzugeben.

## Polnische Sozialisten und Minderheitsfrage.

Wir haben bereits die Vertretung der deutschen Sozialdemokraten in Polnisch-Schlesien und die programmatische Ausschließung ihrer Parteimitglieder mitgeteilt. Die von unserem Ministerpräsidenten, dem Reichspräsidenten, ernannten, wurde die Parteibestimmung „Deutsche Sozialdemokratische Partei der Selbstständigen Schichten“ erst nach beständiger Nachprüfung der Angelegenheiten, dann aber mit erheblicher Mehrheit beschlossen. Die „Polnische Partei“ schreibt weiter:

„Hoffen wir, daß recht bald die Stunde kommen möge, in der wir uns nicht mehr mit Namen beschäftigen werden, sondern eine Parteieinheitliche Partei der Arbeiter und Arbeiterinnen bilden, ohne Rücksicht darauf, ob wir deutsche, polnische oder litauische Sozialisten sind. Unsere Freunde sind bei im Bürgerlichen Lager getrennten Parteien, gleichviel welcher Benennung und nationaler Tendenz. Tab die Sozialisten Polens immer für die Rechte der Minderheiten einzutreten werden, braucht nicht besonders hervorzuheben zu werden. Wenn die P.P.S. diesen Weg bisher nicht gegangen ist und in Zukunft wohl kaum gehen wird, so ist das nicht Schuld der gegenwärtigen sozialistischen Arbeiterschaft. Aber in dieser großen Partei ist auch Raum genug für die P.P.S., wenn sie mit ihr gemeinsam gehen will. Es ist nun nicht, daß kann niemand schon heute entscheiden. Wir wollen es hoffen.“

Die P.P.S. wird natürlich nicht gegen den Minderheitenkampf sein; sie wird natürlich darum das Eintreten für die Minderheiten, um der nationalitätlichen Demagogie nicht den Wahrfang zu erleichtern. Immerhin tragen die oben genannten Ausführungen zum Verständnis der Erklärung der Internationalen P.P.S. bei, die das Aufnahmegericht der P.P.S. (nach ihrem Ausscheiden aus der 2. Internationalen) zum Hinweis auf die nationalitätliche Haltung der P.P.S. abgeleitet hat.

Während gibt der gleiche Artikel unseres sozialistischen Parteiblattes den kühnen polnischen Ausschluß, daß die Verträge die Agitation der Oppositions- und Minderheitspartei auf dem Wege der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung hindern werden.

## Aufrechte Kämpfer.

Kein Gnadengesuch der verurteilten Sozialrevolutionäre.

Bevor die verurteilten Sozialrevolutionäre nach der Verurteilung des Gerichtsurteils ins Gefängnis zurücktransportiert wurden, erschien bei Goy und Timoschew in amtlichem Auftrag ein Sekretär des Obersten Tribunals, der allen Verurteilten den Vorwurf machte, unverzüglich an das Zentral Exekutiv-Komitee ein Gesuch zu richten, daß das Todesurteil durch Gefängnishaft ersetzt werden möge. Goy und Timoschew gaben dem Beamten folgende Antwort: „Teilen Sie bitte Ihrem Auftraggeber, dem Vorsitzenden des Tribunals mit, daß unser Beschluß unwiderrücklich ist und daß weder das Tribunal noch das russische Zentrale Exekutiv-Komitee je ein Gnadengesuch oder eine Bitte um Strafmilderung von uns verlangen wird! Wenn es Ihnen möglich ist, so veranlassen Sie nur, daß wir schleunigst ins Gefängnis zurücktransportiert und von den erniedrigenden Polizeibehörden vor dem Verlassen des Gerichtssaals befreit werden.“

Die letzte Forderung der Verurteilten wurde erfüllt. Sie wurden keiner Verhörsuntersuchung unterworfen und verließen zum ersten Male das Gerichtsgelände, ohne von den Spitzbergen der für diesen Zweck abkommandierten kommunistischen Wachen verfolgt zu werden.

## Die gerechte Justiz

Das Auspucken am Judenriedhof ist nach dem Urteil preussischer Gerichte nicht strafbar. In dem Abingen des Todes „Blut muß ich, den Judenblut“, sieht der Oberger Staatsanwalt keine Freiheitsstrafe, ebensowenig der Generalstaatsanwalt am Kammergericht in

dem Aufse „Schlagt die Juden tot“ bei einer antisemitischen Demonstration, während dieser es zur Mißhandlung von Juden kam.

Aber: Ein jüdischer Kaufmann S., der einem Tanzalger Studenten das Patentreuz abgerissen hat, erhält nach dem Verdict antisemitischer Richter von dem Schöffengericht in Memel fast zwei Monate (58 Tage) Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, während der Staat Janowski für 3 Monate Gefängnis beantragte. Hier: Staatsanwälte sind auf dem rechten Auge fast blind, auf dem linken scharfsichtig. Wederwegen sie auch so gerne Monatel tragen.

## Deutscher Protest in Ungarn.

Der deutsche Reichsminister in Budapest hat der ungarischen Regierung eine Verbalnote der deutschen Regierung überreicht, die darüber Beschwerde erhebt, daß antisemitische und antisozialistische Deutsche mit gewissen reaktionären Kreisen in Ungarn enge Verbindungen unterhalten und in Ungarn Unterstützung und Aufnahme gefunden haben. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die Mord der Erzbürger in Ungarn Unterstützung gefunden haben und daß die bisherigen Erklärungen der ungarischen Regierung in dieser Angelegenheit als nicht ausreichend angesehen werden können. Die deutsche Regierung erwarte daher eine zufriedenstellende Erklärung darüber, daß die ungarische Regierung eine Unterstützung der antisemitischen Deutschen in Ungarn nicht dulde werde. Die deutsche Regierung sei sich durchaus klar darüber, daß die ungarische Regierung nicht die Absicht habe, diese Elemente zu unterstützen, aber schon ihre Duldung auf ungarischem Gebiet laufe profitlich auf dasselbe hinaus.

## Deutsch-polnisches Eisenbahnabkommen.

Die Reichsbankdirektion Breslau teilt mit: Am 31. August wurden in Danzig die deutsch-polnischen Verhandlungen über die vorläufige Eröffnung des Wechsellverkehrs auf bestimmten Uebergängen beendet. Die Verhandlungen, an denen beiderseits die zuständigen Eisenbahndirektionen, Post- und Paktbehörden teilnahmen, fanden deutscherseits unter Leitung des Reichsbahnpräsidenten Bogt-Breslau, polnischerseits unter der Leitung des Ministerialdirektors Miller-Warichau. Die Verhandlungen führten zum Abschluß eines Abkommens über die vorläufige Eröffnung des Wechsellverkehrs für den Post- und Güterverkehr. Das Abkommen unterliegt noch der Bestätigung durch den deutschen Reichsverkehrsminister und den polnischen Eisenbahnminister. Die fünfzehn Uebergänge, die dem Verkehr geöffnet werden sollen, verteilen sich auf die gesamte deutsch-polnische Grenze von Ostpreußen bis Schlesien. Mit dem Wechsellverkehr soll sobald wie möglich begonnen werden.

## Neue Anklage gegen Krull!

Ein Handgranatenanschlag gegen Varvud-Gelphand.

Auf Grund der Aussagen, die der Jäger Runge seinerzeit der „Vorwärts“-Redaktion gemacht hat, ist gegen den Leutnant a. D. Krull, wie wir bereits meldeten, das Verfahren wegen Ermordung Rosa Luxemburgs wieder aufgenommen worden. Krull hat nach der bestimmten Anklage Runges den tödlichen Schuss auf Rosa Luxemburg abgegeben, wegen des Diebstahls der Uhr: Rosa Luxemburgs ist er bereits zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nun läuft nach Meldung einer Berliner Korrespondenz gegen Krull und den an der Uhrschaffare beteiligten Leutnant a. D. Bracht noch ein weiteres Verfahren auf Grund des § 40. St.G.B. (Vorbereitung von Verbrechen). Weiden Verurteilungen wird vorgeworfen, seinerzeit einen An-

schlag gegen Varvud-Gelphand bis ins einzelne beschreiben zu haben. Es handelte sich dabei um einen Handgranatenanschlag gegen Varvud in dessen Villa in Schwabenwerder, die in die Luft gesprengt werden sollte. In letzter Minute wurde das Attentat entdeckt und dadurch verhindert.

Wie wir dazu erfahren, ist ein Handgranatenanschlag gegen Genossen Varvud tatsächlich in der geschilderten Weise vor mehr als Jahresfrist versucht worden. Der Berliner Volkspräsidium erlaubte damals Kenntnis von dem Vorhaben und entlassene Mannschaften nach Schwabenwerder, die die Ausführung des Planes verwickelten. In das Charakterbild der deutsch-polnischen Desperados vom Schlage Krull, Weicherdt, Anfermann und Anforten würde eine solche Tat durchaus passen.

Der Zwischenfall in Oberkassel. Der deutsche Gesandte in Brüssel Vandenberg hat der belgischen Regierung sein Bedauern über den Vorfall in Oberkassel ausgedrückt und gleichzeitig erklärt, daß die deutsche Regierung sich ihre Stellungnahme bis zum Vorliegen des Untersuchungsergebnisses vorbehalten.

Ein deutscher Beamter von den Franzosen verhaftet. Am 31. August haben französische Polizeibeamte in Brüssel den Regierungsdirektor Dr. Prange verhaftet, sein Geschäftszimmer und Sekretariat durchsucht, sämtliche Aktenverzeichnisse durchgesehen und eine Anzahl Akten und dienstliche Schriftstücke über politische Angelegenheiten beschlagnahmt und mitgenommen. Im Anschluß daran wurde auch seine Privatwohnung durchsucht. Dr. Prange, der bei der Regierung die politischen und Befugungsangelegenheiten bearbeitet, befindet sich noch in Haft. Die Gründe dieser Maßnahme sind noch nicht bekannt.

Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Schupo. Gestern nachmittag kam es in Charlottenburg zwischen jugendlichen kommunistischen Demonstranten und Schuppobeamten zu Zusammenstößen, bei denen nach den bisherigen Feststellungen vier Personen verletzt wurden.

Wanmateriallieferung an Frankreich durch Stinnes. Die Agentur Havas berichtet, der Präsident der Generalbeschaffungskommission für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hat heute in Uebereinstimmung mit dem Berliner Abkommen vom 3. Juni 1922 einen Abbruch mit Hugo Stinnes getätigt für Lieferung von Baumaterialien. Die Materialien sind ausschließlich für die der Gesellschaft angelegerten Beschaffungs-

Die griechische Niederlage in Kleinasien. Nach einer Mitteilung der diplomatischen Mission der Regierung von Angora vom 31. August hat die große Schlacht, die am 20. August im Abschnitt Nisim-Karabissar begann, fünf Tage gedauert und mit einer vollständigen Niederlage der Hauptarmee der griechischen Armee geendet. Die Zahl der von den Türken genommenen Gefangenen aller Kaliber beläuft sich auf 150. Die Verfolgung geht ununterbrochen weiter.

Immer wieder Schwindel über den Rapallovertrag. Die „Zweitha“ schreibt zu der trotz mehrfachen Elementen von der „Nowoje Wremja“ erneut aufgestellten Behauptung über angebliche Geheimartikel des Rapallovertrags, wonach deutsche Konzessionen in Südrussland gegen militärische und wirtschaftliche Hilfeleistung zugesichert sein sollen, diese Meldung sei selbstverständlich eine böswärtige und propagatorische Erfindung.

Arbeitskämpfe in Deutschschlesien. In den Gebieten Reichenberg Stadt und Land einschließlich Gablenz, Gruschwitz, Eintracht, Buschullen und in Friedland und Deutsch-Gabel ist der Kollektivvertrag gekündigt worden, wodurch mehr als 22.000 Arbeiter in den vertraglosen Zustand treten.

## Der moderne Bühnenführer.

Von Willibald Omani 1911.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Bühnenführer der Gegenwart, selbst jene, die nicht und mit ihrem ganzen Herzblut um die Anerkennung der Massen ringen, nur sehr langsam und langsam kommen. Die Gründe hierfür liegen einmal in der Art, die, wenn auch nicht funktionell, so doch rechtlich sich gegen alles richtet, was ihr nicht gleich leicht und bequem eintrifft. So und nur so können wir verstehen, daß ein Herr von Intendanten und Regimentschefs hat auf der Bühne herrschen muß und daß die Regimentschefs ihnen entgegensteht. Die andere, meines Erachtens viel zu wenig beachtete, aber sehr wichtige Ursache liegt in einem Verfall in einem Verfall: es fehlt der Bühne vom Volk zum Heute in der Dichtung. Der moderne Dichter mit seinen verfeinerten Nerven, mit seinen differenzierten Ausdrucksvermögen, mit seiner fast ganz auf Weltlichkeit eingestellten Zifferstellung braucht im Dichter nicht als früher zubereiteten, fertigen Boden. Statt dessen legt man für den Dichter der Unklarheit und Hartnäckigkeit der Bühne die deutsche Literatur, besonders die Volksdichtung oder Volkspoesie nicht, sondern nur: Fiktion, Fabel, oder Fiktion! Der Theaterführer hat und berechtigt hat er es eine ihm nachher fände Sprache, nicht ihre fabelhaft erscheinende Wehen und Wutteil verneinend den Kopf. Er verleiht mit dem, was er als Kind oder junger Mensch kennen gelernt hat, was ihm bis in die kleinsten Phasen hinein verhandelt gemacht worden ist, was er annehmlich pausen mußte, auch wenn er es alles oder als liebt. In er ein Arbeiter, kleiner Beamter, klein ein Tiergärtner, seine ganze Kraft in Anspruch nehmenden Beruf, so bleibt ihm seine erste Stimme zur Verfügung, und dann wählt er naturgemäß etwas Leichtes, Bekanntes. Er hat keine Zeit, sich mit den Problemen der neuen Literatur und Dichtung abzugeben. In der rechten Erkenntnis dieser Zustände haben gepflegte Theater zwei vortreffliche Beispiele ergriffen: sie haben eine eigene Theaterhauszeitung, die den Vortag in das Wesen

des aufgeschriebenen neuen Dichters einführt, oder sie schicken, wie es vereinzelt auch bei uns in Danzig gemacht wurde und wie es die „Arbeiter-Zeitung“ regelmäßig vor jeder Vorstellung tut, den Lesern einleitende Vorträge voran. Aber auch diese Vorleser haben große Schwächen. Die Zeitkritik, die der Theaterführer hat vor der Vorstellung laufen lassen — und nicht jeder mag es, dafür ausgehen — wird nur vereinzelt gelesen, und dann meist nach der Vorstellung und die einleitenden Vorträge können wegen der sehr beschränkten Zeit, die meist nur zur Verfügung steht, unmöglich so gründlich sein, daß sie dem einzelnen Mann wirklich etwas Entscheidendes über Dichter und Dichtung vermitteln.

Was daher nötig ist, ist ein guter Bühnenführer. Von dieser Art sind die vor ein paar Wochen im Berliner Franz Schreyer Verlag erschienenen 3 Hef. In ihrem Vorwort sieht man u. a.: „Bei der Herausgabe war der Wunsch beabsichtigt, der großen Masse des Theaterpublikums eine bessere Belehrung über Leben und Schaffen des dargelegten Autors zu bieten; es kam also nicht darauf an, philosophische Essays über die Dichter und ihre Werke zu geben, sondern nur, allgemein verständliche Angaben über Inhalt, Entstehung, Bedeutung der Werke, Angaben, die schließlich der schnellen, augenblicklichen Orientierung dienen sollen.“

Die Verarbeitung der Stoffe wurde durchweg schrittweise übertragen, die als Künstler mit begehren: Julius Hab hat Gerhart Hauptmann und Kleist behandelt, Friedrich Tügel die russischen Dramatiker Gorki, Tolstoi und Tschechow, Hermann Hensel seinen Landmann Schopenhauer, Fritz Dröge führt in der bei ihm bekannten Leben- und Haren Art in das Werk v. Schiller, Schopenhauer und Ernst Toller ein. Fritz Engel, der Theaterkritiker des „Vorwärts“, hatte bei der Herausgabe eine ebenso glückliche Hand wie bei den kompliziertesten Dicht-

ererscheinungen eines Shaw, Wilde und Ibsen, auch unserem schmerzlichen Landmann Hauptmann, dem Elfenhohn Sudermanns, hat er ein Buchlein gewidmet, von sonst nur vorliegenden Dichtern seien hier nur kurz angeführt: Dr. Hanns Martin Cramer: Wedekind, Hans Tschamper: Ibsen, Hans und Karl Hauptmann, Arthur Puchner: Lessing und Hebel, Paul Schölerich: Anagnor, Theodor Kappeler: Schiller, Ludwig Marcuse: Schiller, Oskar Peters: Gorki, Emil Engelhardt: Tagore, Karl Streckler: Hebel und Ibsen.

Ein ansprechendes äußeres Gewand, gutes Papier und sehr sorgfältiger Druck zeichnen die Schreyerischen Bühnenführer aus, von denen die einzelner besonders markanter Erscheinungen, darunter die der Dichter mit ausgesprochen sozialistischer Weltanschauung wie Hauptmann, Wedekind, Shaw, Tolstoi, Gorki, Toller und Ibsen noch besonders gewürdigt werden sollen.

Das Alter der Pflanzen. Pflanzen erreichen ein bedeutend höheres Alter als Tiere. Dr. Hans Pauli widmet diesem Problem in der schweizerischen Zeitschrift „Natur und Technik“ einen längeren Aufsatz und gibt vor allem eine Anzahl gut begründeter Alterszahlen von Pflanzen, insbesondere von Bäumen, die durch die Jahresringe oder den mit Pflanzen von bekanntem Alter vergleichbaren Stammumfang, nicht selten auch durch historische Nachrichten gut feststellbar sind und wohlverfügt erscheinen. So werden aus der Zeit 18 Jahre, die Rose 40 Jahre, der Esen 100 Jahre, der Wacholder 30, Tannen (Alte, Riefer, Anorelle, Lilia) 200 bis 400 Jahre, die Eiche 600, die Linde bis 1000, Eiche über 1000 Jahre, die Eiche über 2000 Jahre (unvollständige Schätzungen gehen bis über 3000 Jahre). Aber das sind noch nicht die ältesten bekannten pflanzlichen Lebewesen: Moosnahrungsbäume (Baumrinne) von weit über 1000 Jahre alte und über 80 Jahre alte Moosnahrungsbäume sind in der Schweiz auf 400 bis 500 Jahre berechnet worden, der Trockenbaum von Drosava (Trentino) wird sogar auf 800 Jahre geschätzt, und ebenso alt soll die Wasserrose von Santa Maria el Lyule bei Cayana (Mexiko) sein; selbst wenn man die letzten Angaben, nicht ohne Grund bezweifelt, so muß man doch annehmen, daß Alterszahlen von Bäumen von mehreren Tausend Jahren so gut wie feststehen.

## Danziger Nachrichten.

### Polnische Drohungen gegen Danzig.

Nachdem schon eine Reihe Warschauerblätter scharfe Angriffe gegen den Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig gerichtet haben, beschließt sich nunmehr auch die am weitesten rechtsstehende „Gazeta Narodowa“, in dem auch der polnische Vertreter Plucinski seine neue Konfession (Schaffen des Interwens veröffentlichte, ebenfalls mit den Danzapolnischen Verhältnissen im Hinblick auf die Verhandlungen in Genf. Das Blatt behauptet, daß Danzig gern alle Vorteile von Polen einnehmen möchte, aber Polen die Rechte, die es auf Grund der Verträge besitzt, nicht ankommen lassen würde. Der Einfluss des preussischen Elements in Danzig sei gewachsen und infolgedessen wären fernwährende Beziehungen zwischen dem Senat und Polen an der Tagesordnung. Polen müsse sich immer wieder an den Oberkommissar und an den Völkerbundsrat wenden. Es heißt dann wörtlich:

„Man muß sich die Tätigkeit des Generals Daling sehr genau und der nächsten Nähe ansehen, um feststellen zu können, wie recht die häufig wiederholte Meinung ist, daß er, ähnlich wie der erste Oberkommissar Tower, inständig befehligt, die Kompetenzen der Freistadt zu erweitern und die Rechte Polens zu beschränken. Zwar handelt Daling nicht immer nach dem Wunsche der Danziger, da er sich ganz genau nach den Buchstaben des Verfallenen Vertrags richtet. Er berücksichtigt aber dabei zu wenig, daß der Zweck der Abtrennung Danzigs von Deutschland doch die Bildung eines Hafens für Polen war, und daß Danzig ursprünglich ohne Vorbehalt zum polnischen Reiche gehören sollte. Nur zur Wahrung der nationalen Rechte der Danziger Bevölkerung schuf man später die Freistadt.“

Bisher hat Danzig eine Bevorzugung seiner Interessen durch den Oberkommissar leider nicht feststellen können, sondern eher das Gegenteil. Die polnischen Absichten werden aber durch den im Schlußteil dieses Blattes zum Ausdruck gebrachten Vorschlag über die vorübergehende Annexion Danzigs hinreichend erklärt. Das Blatt wird aber im weiteren Verlauf des Artikels noch deutlicher und meint, daß Polen Danzig gegenüber viel zu gelinde verfahren sei, denn es habe nicht einmal als mächtige Waffe ein Verpflegungsgesetz, das die Verpflegung Danzigs von Polen abhängig macht, gründlich ausgenutzt. Einen deutlichen Hinweis auf Gewaltmaßnahmen enthält dann der letzte Absatz des Artikels, in dem es heißt: Es ist unmöglich, sich fortwährend an den Völkerbund zu wenden und dessen Entscheidung abzuwarten, unsere Regierung muß endlich etwas tun, um die Danziger Behörden zu zwingen, um unser Wohlwollen zu werden.“ Hier wird also sehr deutlich mit der Aushängung Danzigs gedroht, um Danzig für Polens Willen gesünder zu machen. Danzigs Bevölkerung muß gespannt darauf sein, was der Oberkommissar zu diesen freimütigen Plänen Polens sagt.

In einer weiteren Ausgabe der angeführten politischen Zeitung wird diese Drohungspolitik gegen Danzig in verstärktem Maße fortgesetzt. Es heißt in einem dieser neuen Artikel, daß die Danziger Behörden nicht erkennen wollen, daß Danzig durch Polen einer „herzlichen und blendenden“ Zukunft entgegengehen könne (21). Der Politik Plucinski könne man Standhaftigkeit und Konsequenz nicht absprechen, aber er werde von den polnischen Zentralbehörden nicht unterstützt. Es heißt dann wörtlich weiter: (Er Plucinski) kann ohne Hilfe der Zentralbehörden nicht eine Lage schaffen, daß sich der Senat vollständig von Polen abhängig fühlt. Und das ist der einzige Weg, um diese halbsinnige Stadt zu beherrschen. Wir fordern eine Kriegspolitik der Regierung.“ Das sieht doch sehr nach dem Verhältnis zwischen Danzig und Polen an, angesichts solcher starken polnischen Annexionsabsichten können wir wohl selbst in Polen niemand annehmen.

### Die Freie Volksbühne.

Die vor Jahresfrist gegründete „Freie Volksbühne“ hat mit dem 1. September ihr zweites Spieljahr begonnen. Ihr Zweck ist es bekanntlich, den weiten, schwer um die wirtschaftliche Existenz ringenden Volksschichten den Besuch guter Theater- und anderer Amüsierveranstaltungen zu niedrigen Preisen zu ermöglichen. Dieser Aufgabe ist der unter erheblichen Schwierigkeiten und aus kleinen Anfängen vor Jahresfrist gegründete Verein bereits im ersten Spieljahr mit guten Erfolgen gerecht geworden, wie es in der dieser Tage stattgefundenen Generalversammlung ebenfalls allgemein bestätigt wurde. Nach dem vom ehrenamtlichen Geschäftsführer Fröhnel ermittelten Geschäftsergebnis waren am Schluß des Spieljahres drei volle Mitgliederferien vorhanden, für die insgesamt 21 Theaterveranstaltungen und drei Sonderveranstaltungen stattfanden. Da der monatliche Beitrag, für den die Mitglieder kostenfreien Zutritt zu einer Vorstellung erhalten, unter Ausschaltung aller Gewinnabsichten festgesetzt wird, so ergab sich nur ein Kassenbestand von 174 Mark. Das künstlerische Wirken des Vereins hat öffentlich allgemeine Anerkennung gefunden und wurde die Zusammenstellung des bisher gebotenen Programms auch von der Mitgliederversammlung ohne nennenswerte Ausstände gebilligt. Es muß als gutes Zeichen des ersten Kulturwillens aller in der Volksbühne vereinigten Bevölkerungsschichten und der bereits im ersten Spieljahr geschaffenen Verbindung zwischen Bühne und Mitgliedschaft vermerkt

werden, daß auch für das neue Spieljahr die Fortführung des Programms in mindestens gleicher künstlerischer Höhe gewünscht wurde. Das zeigt, daß das Programm der Volksbühnenbewegung in Danzig in kurzer Zeit festen Boden gefunden hat.

Im neuen Spieljahr finden die Vorstellungen der Volksbühne zum größten Teil als Abendvorstellungen im Wilhelmtheater mit dem Personal und unter der Leitung des Direktor Schapers vom Stadttheater statt. Einige Vorstellungen werden, Sonntag nachmittags im Stadttheater vor sich gehen und zwar außer den Opernaufführungen auch die Vorstellungen für September, da das Wilhelmtheater erst vom 1. Oktober zur Verfügung steht. Der Wechsel des Theaterslokals darf, in Berücksichtigung der Schwierigkeiten und Mängel, die sich im bisher benutzten Werkstättenlokal herausgestellt hatten, als ein Fortschritt gemeldet werden. Das Beitragswesen wurde auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung ebenfalls neu geregelt. Der Geldwertverfall folgend, wurde das Eintrittsgeld auf 3 Mark und der monatliche Beitrag auf 15 Mark erhöht. Angesichts der ersten künstlerischen Darbietungen, die jedes Mitglied dafür vollkommen kostenfrei erhält, wird dieser Satz im Vergleich zu andern Annehmungen als außerordentlich minimal bezeichnet werden müssen. Erhöht wurde die Form der Beitragszahlung und Auflösung der Theaterkarten. Bei dem bisherigen Zahlstellenystem und der leider noch unbeständigen Mitgliedschaft fehlte jede rechtzeitige Überprüfbarkeit über den zu erwartenden Besuch der Vorstellungen. Um nun freiverwendbare Plätze rechtzeitig neu besetzen und der Vereinskasse größere Umsätze ersparen zu können, wird die Verlosung der Plätze nicht mehr im Theaterlokal vor Stattfinden der Vorstellung, sondern einige Tage früher im Geschäftslokal, Herzogstraße 1-2, Zimmer 42, erfolgen. Bei diesen in allen Tageszeitungen angekündigten Verlosungen hat dann gleichzeitig auch die Zahlung der Beiträge für die folgende Vorstellung zu erfolgen. Die bisherigen Zahlstellen werden damit aufgehoben und erfolgt dort jetzt nur noch die Aufnahme neuer Mitglieder. Für die außerhalb wohnenden Mitglieder ist die Erleichterung vorgesehen, daß sie ihre Beiträge per Post einsenden und die ausgelassenen Karten ebenfalls durch die Post zugestellt erhalten können.

Der Vorstand wurde in der Mitgliederversammlung, die diesen Angelegenheiten einstimmig zustimmte, ebenfalls neu gewählt und setzt sich jetzt ausschließlich aus dramaturgischen Ausschüssen aus folgenden Personen zusammen: Geschäftsführer Franz Krasinski, Abgeordneter, Redakteur, Albert Bröderborg, Abgeordneter, Franz Ediger, Gewerkschaftssekretär, Sanitätsrat Dr. Ellier, Paul Krügel, Polizeipräsident a. D., Bruno Walczak, Kaufmann, Maschinenbauer Joh. Karischke, Abgeordneter, Gewerkschaftssekretär Paul Klosewski, Abgeordneter, Emil Mallow, Sekretär, Gewerkschaftssekretär Edward Mayen, Abgeordneter, Dr. Karl Eugen Müller, Chefredakteur, Wilhelm Smalowski, Schriftsteller, Albert Möbbeling, Werkzeugmacher, Rudolf Schaper, Stadttheater-Direktor, Frau Anna Sellin, Dr. Mich. Wagner, Geschäftsführer, Aris Weber, Redakteur, Profurstrich Winter, Stadtwortführer.

Die neue Spielact der „Volksbühne“ wird am Sonntag, den 10. Sept., mit Gerhart Hauptmanns „Fuhrmann Henschel“ eröffnet. Neben den monatlichen, regelmäßigen Theaterveranstaltungen sollen in dieser Spielact Sonderveranstaltungen, wie Orchesterkonzerte, Kammermusikabende, literarische Vorstellungen häufig gepflegt werden. Wer in die jetzt neu zu ergänzenden Serien noch aufgenommen werden will, muß seinen Eintritt unverzüglich nachsuchen. Es wäre zu wünschen, daß dies recht zahlreich geschieht, damit die „Volksbühne“ auch in Danzig immer weiteren Kreisen der Bevölkerung den Genuß guter künstlerischer Veranstaltungen vermitteln kann.

Die 7. Beamtenbefoldungsreform. Die deutsche Reichsregierung hat einer Abordnung ihrer Beamten und Staatsarbeiter in Berlin erklärt, daß die Regierung von sich aus bereits den Entschluß gefaßt habe, Erhöhungen der Bezüge vorzunehmen. Dienstag sollen im Reichsfinanzministerium die neuen Verhandlungen über die Heraushebung der Einkünfte der Beamten und Staatsarbeiter beginnen. Auch die Fragen einer Erhöhung der Nebenbezüge sollen behandelt werden. Im Hauptausblick des Danziger Volkstages wird zurück die 5. und 6. Beamtengehälterregelung beraten. Die Vorlage der 7. Beamtengehälterreform ist nach Abschluß der Berliner Verhandlungen zu erwarten.

Neufestsetzung der Gehälter im Anwaltsberufe. Durch Verhandlungen mit einer Kommission des hiesigen Anwaltsvereins und dem Zentralverband der Angestellten sind ab 1. August folgende Mindestgehälter festgesetzt worden: Lehrlinge im 1. Lehrjahr 600 Mk., im 2. Lehrjahr 900 Mk., im 3. Lehrjahr 1200 Mk. Gehilfen und Gehilfinnen im 1. Jahre nach beendeter Lehrzeit 2500 Mk., mit jedem weiteren bis zum 6. Jahre je 300 Mk. Erhöhung. Für Gehilfen mit mindestens 10 jähriger Berufstätigkeit sowie für perfekte männliche und weibliche Stenotypisten und Maschinenschreiber 4500 Mk. Für Bureauvorsteher im Alter bis 25 Jahren 6000 Mk., im höheren Alter steigend um jährlich 600 Mk. bis 7000 Mk. Für Bureauvorsteher in leitender Stellung und in Bureau mit größerer Anwaltspraxis Anfangsgehalt 7000 Mk. Die gegenseitige Kündigungsfrist ist vier Wochen vor Monatschluß. Ferner soll sämtlichen Angestellten zu Weihnachten eine Gratifikation gezahlt werden, die bei zwölfmonatlicher Tätigkeit in einem Anwaltsbureau ein Monatsgehalt beträgt. Bei kürzerer Beschäftigung entsprechend weniger.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 4. bis 10. September unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 8000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 2500 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

## Die Einigungsfrage in Danzig.

Als wir zu der selber nur im kleinen Kreis verhandelten und abgeschlossenen sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Stellung nahmen, mühten wir bei dem engen, untrennbaren Zusammenhang dieses Schrittes mit der Einigung auch kurz auf die Einigungsfrage selbst einzugehen. Dies um so mehr, als vorher bedauerlicherweise keine Gelegenheit gegeben worden war, im Parteireise darüber zu diskutieren und die damit zusammenhängenden Fragen zur Klärung zu bringen. Unsere damaligen auf gründliche Klärung wenigstens in unserer Partei dringenden Forderungen wurden teilweise überwiegend zwar bismillig, dahin ausgelegt, als wenn wir uns gegen die Einigung überhaupt wenden wollten, obwohl für jeden, der verantwortlich und praktisch in der Arbeiterbewegung tätig ist, von vornherein klar sein mußte, daß auch auf dem diesmal eingeschlagenen Wege eine ehrliche und gesunde Einigung der Arbeiterschaft nicht herbeigeführt werden kann. Was uns Veranlassung gab, die Frage der Einigung kritisch und manchem Genossen vielleicht etwas zu scharf erscheinend zu betrachten, waren nicht nur die traurigen, zur Vorsicht mahnenden Erfahrungen, die bei der früheren Einigung selber mit den unabhängigen Führern gemacht worden sind, sondern vor allen Dingen die Tatsache, daß die Einigungsfrage in unserer Partei leider nicht rechtzeitig auf eine genügend breite Basis gestellt worden ist. Die wenigen Tage, die seit Veröffentlichung unserer von keinen persönlichen Gründen und Rücksichten getragenen Forderungen verstrichen sind, haben unsere Beschlüsse leider sehr schnell recht gegeben. All die unklaren und kritischen Fragen, die trotz besten Willens zur Einigung noch zwischen beiden Parteien bestehen, und die darum unter Anteilnahme und in vom Vertrauen der beiderseitigen Mitgliedschaften getragenen Verhandlungen klargestellt werden mußten, sie treten jetzt nachträglich auf, weil man in überstürzter Eile und aus sehr unglücklichen Gründen versucht hat, das Pferd beim Schwanz aufzukämen.

Es ist für die Arbeiterschaft, die sich aufrichtig aber jedes Anzeichen eines aus der wirtschaftlichen Not unserer Zeit geborenen sozialistischen Zusammenstießes freuen möchte, allerdings sehr bitter, daß sie in der Einigungsfrage auch diesmal wieder die allertraurigsten Erfahrungen machen muß. Soweit es sich dabei um die von uns bereits gestellten in unserer Partei gemachten Fehler handelt, wird darüber an anderer Stelle zu reden sein und für Abänderung schnellig gefordert werden müssen. Wesentlich anders als unsere hauptsächlich aus den eigenartigen Verhandlungsformen und -formen geborene kritische Stellungnahme muß jedoch ein „Einigungs“-artikel gewertet werden, der unter vollkommener Ausschaltung vorstehend erwähnter Grundfragen der Einigung jetzt von dem bisherigen Redakteur Gebauer in der unabhängigen „Freiheit“ veröffentlicht wird. Er hält es im Gegensatz zu uns, die wir unsere Stimme erhoben haben, um die Einigungsverhandlungen — von denen er überausgehende Berichterstattung, daß sie von einem Mitgliede unserer Partei schon seit Monaten betrieben werden — zunächst auf eine gesunde Grundlage zu stellen, für notwendig, bereits jetzt schon programmatisc und andere interne Einigungsfragen öffentlich zu behandeln. Wir möchten den U.S.P. Mitgliedern doch sehr zu bedenken geben, ob ein solches Verfahren, von dem G. selbst zugibt, daß es aus unserer Stellungnahme nicht innerlich begründet ist, den Einigungsverhandlungen dienlich sein kann. Wir sind der gegenteiligen Ansicht und haben daher auch in unseren bisherigen Vorlesungen zur Einigungsfrage die Punkte, die zwischen beiden Parteien kritisch sein können, nur soweit gestreift, als wir sie zur Klärung der bisherigen Änderungsbedürftigen Verhandlungsformen nicht ausschalten konnten.

Um die durch die bisherige Ausschaltung der Mitgliedschaften (auch Gebauer macht jetzt nebenbei die Feststellung, daß die Mitglieder der Parteien in der Einigungsfrage überhaupt noch nicht gehört sind) geschaffene kritische Situation nicht noch hoffnungsloser zu gestalten, wollen wir zunächst davon Abstand nehmen, die Ausführungen Gebauers zum Gegenstand einer Polemik zu machen, obwohl ihr Inhalt wie auch ihre Form sehr dazu herausfordern. Um unsere Partei mitgliederschaft jedoch über die von G. vertretenen Ansichten kurz zu unterrichten, um so mehr, als sie für die notwendige Klärung sehr interessant und wertvoll sind, wollen wir sie kurz zusammengefaßt wiedergeben. Zur Programfrage schreibt G., daß die Einigung nur erfolgen könne, wenn ein Programm aufhabe kommt, das dem U.S.P. Standpunkt gerecht wird. Die historische (?) Aufgabe der U.S.P. sei auf keinen Fall als erledigt zu betrachten. G. will jedoch so gnädig sein, nicht zu verlangen, daß ausschließlich das U.S.P.-Programm (wahrscheinlich das Leipziger, D. N.) maßgebend sein soll. Er wirft dann der S.P.D. u. a. Großmütigkeit vor und behauptet dreist, auf die tatsächlichen Zustände keine Rücksicht nehmend, daß der (Hanz!) der S.P.D. in Deutschland schon ziemlich ermattet sei, und von den Freistaatsverhältnissen wolle er schon gar nichts sagen?! Als weitere Forderung vertritt G. auch die von uns gern unterstrichene Ansicht, daß eine Arbeiterpartei vollständig rein bestehen müsse. Er behauptet in diesem Zusammenhang, daß wir keine haben mit den höchsten Ehrenämtern, die in ein Volk zu vertragen habe, vertraut sind, und spielt dabei auf im Volkstagen erhobene allgemeine Behauptungen gegen sozialistische Abgeordnete an. Da diese sich, soweit es sich um unsere Genossen handelt, fast dazu geübert haben und Gebauer es leider auch unterläßt, positive Angaben zu machen, wissen wir wirklich nicht, was wir mit den Ausführungen anfangen sollen. Vorerst bleibt bei solchen schwerwiegenden Vorwürfen kein anderer Anhaltspunkt, als wenn G. die weihen haben seiner Fraktion, allen voran der Ehrenwerte Lieberkohn, in den Schatten stellen will. Solchen Leuten, die das ihnen von der Arbeiterschaft entgegengebrachte Vertrauen in so schmieriger Weise mißbrauchen, wird immer, wo sie auch stehen mögen, so schnell wie möglich das Handwerk gelegt werden müssen. Aber in diesem Fall sehen wohl die Unabhängigen, die die Personenfrage scheinend zu einer entscheidenden machen wollen, zunächst nur den Spalter in der Fraktion, aber nicht den Balken in ihrem Auge. Sonst hätte man bei



Nationalistische Auseinandersetzungen.

In welchen unliebsamen Vorkommnissen die von bestimmten Seiten immer wieder gestrichelt...

Am Sonnabend, etwa um 3 Uhr, geriet ein Matrose des französischen Kanonenboots „Marne“ auf Pfefferkohl...

Man wird weitere Aufklärungen, besonders über die Ursache des ersten Zusammenstoßes des Arbeiters mit dem Matrosen, abwarten müssen...

Der Volksrat wird sich in seiner nächsten Sitzung, am Mittwoch nachmittag, mit nachstehender Tagesordnung beschäftigen...

Berh. Hauptmann: „Rose Bernd“.

Danziger Stadttheater. (Eröffnung der Spielzeit.) Der erste Gruß an den 60-jährigen Gerhart Hauptmann...

Der Spielleiter Karl Brädel versuchte, im allgemeinen erfolgreich, die Absichten des Dichters zu verdeutlichen...

In Sachen der Einführung von neuen Tarifen, Tarifveränderungen und Tarifverhandlungen auf den Eisenbahnen...

Abgedampft Die französischen Kiosks „Marne“, „Aurere“ und das Tankschiff „Aurere“ der französischen Kriegsmarine...

Sozialdemokratische Partei Danzig.

Mittwoch, den 4. September, abends 7 Uhr, in der Aula der Volkshochschule, Sellige Weltstraße 111.

Sitzung der Vertreter von Danzig-Stadt und sämtlicher Bezirksvorstände.

Tagesordnung: 1. Einigungsverhandlungen. Referent Gen. D. o. L. u. 2. Geschäftliches.

Wiederaufnahme des Kleinbahnverkehrs.

Die Senatspressestelle teilt mit: Vom Senat veranlaßte Einigungsverhandlungen zwischen der Direktion der Preussischen Kleinbahngesellschaft und den Arbeitnehmern...

Das mißachtete Schlagahneverbot.

Die Verletzung von Schlagahne ist bekanntlich verboten. Trotzdem wird sie vielfach hergestellt und verkauft. Die Polizei in Danzig und Joppot hat eine große Zahl von Anzeigen erhalten...

Angestelltenstreik. Nachdem die bisherigen Verhandlungen ergebnislos verlaufen, sind die kaufmännischen und technischen Angestellten der Schauben-, Mutter- und Nietenfabrik in den Ausstand getreten.

Wagen eingeklemmt, innerlich zerrissen, ein Stück hier und dort psychopathisch gab mit Schüttelähmungen und allerlei mimischen Vergriffenheiten...

Heinz Brede's Stredmann, mehr Witz als geistiger Kater, hatte eine Reihe aufbeobachteter Jäger aufzuweisen...

Programmwechsel im Wintergarten.

Das neue Septemberprogramm ist wieder mit besonderer Sorgfalt von der Direktion zusammengestellt. Der amerikanische Stanzänger „Dida“ zeigt, wie Akrobatik und Tanz sich glücklich oder unglücklich vereinigen lassen...

Am Schluß des Programms kommt ein internationaler Damenboxkampf unter Leitung des Bogers Volando zum Austrag. Mancher Junggelle, der die Warnung der beiden Boxerinnen in den Wind zu schlagen geneigt war...

Sie verlangen eine angemessene Erhöhung ihrer Gehälter. Die bisherigen Höchstgehälter für verheiratete Angestellte betragen 400 Mark im Monat...

Mr. Erwerbslosenunterstützung sind in der Woche vom 1. bis 20. August in der Stadtkommune Danzig einsehlich...

„Am Oulendruck“ Die in Neubude belegenen, der Stadtgemeinde gehörigen Grundstücke der Erbbauberechtigten...

Den Ihren Mann man... Ein dänischer Schiffsjunge, dessen Schiff im Hafen von Neufahrwasser lag, ging nach Danzig und kaufte sich ein Mandoline...

Die wirtschaftliche Lage der Fleischerstellen bedarf dringend der Besserung. Die Erbsverwaltung Danzig des Zentralverbandes der Fleischer wände sich deshalb mit Vorkorderungen an die Fleischerinnung...

Joppot. Die Stadtverordnetenversammlung am Freitag hielt einen Dringlichkeitsantrag auf Bewilligung von 5 Mill. Mark zum Einkauf von Lebensmittel...

Danziger Metallarbeiterverband: Alenpauer und Rohleger: Montag, den 4. Sept., nachmittags 5 Uhr, bei Müller: Versammlung.

Standebami vom 4. September 1922.

- Tobackhändler: T. d. Postausstellers Walter Pompeckl, 2 M. - Bahnwärter a. D. Josef Fargacowski, 7 M. - Frau Renate Droschel geb. Heine, 66 J. 7 M. - Schreierin a. D. Anna Stewer, 70 J. 9 M. - T. d. Arbeiters Wilhelm Carpen, 7 M. - Arbeiter Karl Klein, 61 J. 8 M. - Witwe Amanda Simon geb. Voel, 82 J. 2 M. - Privatierin Marie Dohler, 82 J. 7 M. - Kaufmann Heinrich Wegrowica, fast 60 J. - Frau Alice Honkowsky, 21 J. 5 M. - Schneiderin Margarete Schröder, 29 J. 8 M. - Rentnerin empfangen Amalie Fischer, 67 J. 8 M. - Frau Theresia Marquardt geb. Seidler, 69 J. 9 M. - Ungeheilig: 1 M.



Heutiger Devisenstand in Danzig. (Beigelegt um 12 Uhr mittags.) Polnische Mark: 18-19 am Vortage 17 - Amer. Dollar: 1450 - Englische Pfund: cr. 6500 - 5300

Gosda Schnupftabak garantiert rein gekachelt. Ueberall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hähery, 2008 &.

